



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

SIGMAR GABRIEL

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Aktuelle Wirtschaftsfragen im Herbst 2015



© Bundesregierung/Bergmann

SIGMAR GABRIEL

Sigmar Gabriel ist seit Dezember 2013 Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Stellvertreter der deutschen Bundeskanzlerin.

Sein politisches Leben begann 1977 mit dem Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Was folgte, war ein stetiger politischer Aufstieg vom Kreisabgeordneten des Landkreises Goslar über den Vorsitz der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen bis hin zu seiner Wahl zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten im Jahr 1999. Als Bundesumweltminister diente Sigmar Gabriel zwischen 2005 und 2009. Im selben Jahr wählte ihn die SPD zum Parteivorsitzenden. Seither wurde er zweimal im Amt bestätigt.

VORTRAG AM 19. OKTOBER 2015



Zuerst einmal vielen Dank für die Einladung. Das ist ja angesichts der Gästeliste, die Sie so vorzuweisen haben, für so einen einfachen Niedersachsen wie mich eine große Ehre, bei Ihnen eingeladen worden zu sein. So ein bisschen beneiden wir ja Hamburg um seine Urbanität, seine Weltoffenheit und der heimliche Wunsch ist ja, dass wir das doch noch einmal hinkriegen mit dem Nordstaat und dann mit einer anständigen Hauptstadt, aber das dürfen Sie keinem verraten in Niedersachsen.

Ihr Ehrenmitglied, Helmut Schmidt, so hab ich den Annalen des Clubs entnommen, sprach zu Ihnen am 7. Mai 1974, just am Morgen nach dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler. Schmidt selbst war da noch Finanzminister. Er kommentierte den Rücktritt mit zwei, drei Sätzen, um dann eine gehaltvolle und kluge Rede über die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1974 zu halten. Besser ließ sich hanseatisches Pflichtbewusstsein kaum darstellen. Aber ich darf Sie beruhigen, mit dem Rücktritt der Bundeskanzlerin ist nicht zu rechnen, sodass ich diesen Anlass nicht brauche, sondern ich kann direkt zu dem Thema kommen, wie die wirtschaftliche Lage sich aus meiner Sicht darstellt, welche Herausforderungen wir haben, und natürlich will ich auch ein paar Bemerkungen zu dem uns alle bewegenden Thema der Zuwanderung der Flüchtlinge machen.

Die deutsche Wirtschaft ist ausgesprochen stabil, wir haben gerade unsere Herbstprognose veröffentlicht. Wir erwarten in diesem Jahr 1,7 % Wirtschaftswachstum. Anfang des Jahres dachten wir 1,8 %, aber ein bisschen ist das dem Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung in den wichtigen Schwellenländern geschuldet. Aber im kommenden Jahr erwarten wir wieder ein stabiles Wachstum auch von 1,8 %. Viel wichtiger ist aber, dass wir nach wie vor einen Aufbau von Beschäftigung haben. Wir haben wieder ein Rekordergebnis bei der Beschäftigung in Deutschland von über 43 Mio. Menschen. Das ist eine unglaublich große Zahl, übrigens mehr als 30 Mio. in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Der Grund dafür sind drei Dinge: Die Binnennachfrage, die Kaufkraft steigt in Deutschland – das hat etwas zu tun mit der Entwicklung bei den Tarifverhandlungen, natürlich auch ein bisschen was mit dem Mindestlohn – zweitens der sinkende Ölpreis und drittens der Wechselkurs des Euros. Die Wachstumsaussichten sind gut, die Unternehmen wettbewerbsfähig, die Staatsfinanzen solide und wir haben, wie gesagt, ein Rekordbeschäftigungsniveau.

Warum ist das so gut in den letzten Jahren? Ich glaube, es hat ganz wesentlich etwas zu tun mit Entscheidungen, die rund um das Jahr 2000 getroffen wurden, als es modern war, uns in Europa – auch uns Deutschen – zu erklären, wir sollten uns doch konzentrieren auf Dienstleistungen, am besten auf Finanzdienstleistungen und Internet, und uns doch nicht mehr mit diesen mühseligen Fragen industrieller Produktion und des verarbeitenden Gewerbes herumschlagen. Das mögen wir doch bitte den Billiglohn-Ländern überlassen.

Es gab damals eine Reihe von europäischen Mitgliedsstaaten, auch die Vereinigten Staaten, die dieses Credo der Volkswirtschaftspolitik für richtig gehalten haben. Unser Land, mit wenigen Ausnahmen in Europa, hat das nicht getan, sondern wir haben damals gesagt, wir glauben nicht, dass es klug ist, zwischen der New Economy und der Old Economy zu unterscheiden, sondern dass die eigentliche Fähigkeit unseres Landes darin besteht, durch Qualifikation, durch Forschung und Entwicklung immer neue Verfahren und neue Produkte, auch neue Dienstleistungen zu erfinden, aber sie dann in die vorhandene Produktions- und Dienstleistungsstruktur zu integrieren und daraus neuen wirtschaftlichen Erfolg zu machen. Andere Länder haben das anders gemacht, die reden heute über die Notwendigkeit einer Reindustrialisierung. Deutschland muss das – Gott sei Dank – nicht. Die Grundlage unserer Volkswirtschaft ist nach wie vor die Wertschöpfung in einer ganz großen Bandbreite des produzierenden Gewerbes und der Industrie und viele der Dienstleistungen, die wir haben, würden in unserem Land nicht existieren – Hamburg als Logistik-Standort kann davon ein Lied singen –, hätten wir nicht diese starke industrielle Wertschöpfungsbasis. Sie ist gekennzeichnet durch die Rohstoffwirtschaft auf der einen Seite bis hin eben zur Dienstleistung, sie ist vor allen Dingen gekennzeichnet durch eine kluge und gute Mischung zwischen großen Unternehmen und aber vor allen Dingen

eben auch einem unglaublich innovativen und längst global aufgestellten Mittelstand. Familienunternehmen sind prägend für uns, ihre Investitionsfantasie hat immer das Ziel der Nachhaltigkeit, das Unternehmen soll noch lange existieren, und nicht kurzfristige Überlegungen mit Blick auf die Börse. Das macht die eigentliche Stärke unserer Wirtschaft aus. Und sicher auch etwas, das auch eine Zeit lang als unmodern galt, nämlich eine besondere Idee von Sozialpartnerschaft, eine Mischung aus Freiheit und Verantwortung und dass wir eben nicht in Klassenkampf-Rhetorik einerseits verfallen oder andererseits glauben, der Staat sei das allheilig machende Instrument, sondern dass wir mit einer guten Mischung aus Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine sehr stabile Volkswirtschaft entwickelt haben. Das galt mal als ein bisschen unmodern, spätestens in der Finanzkrise haben wir entdeckt, wie gut es ist, ein paar Sachen zu haben, auf die man sich verlassen kann. Nicht alles ist deshalb schlecht, weil es nach „alt“ aussieht.

Also deswegen sehen wir eine gute Entwicklung und trotzdem würde ich als Wirtschaftsminister dazu raten – und die Unternehmerinnen und Unternehmer aus Ihrem Kreis werden das, glaube ich, genauso sehen –, dass wahrscheinlich der erste Fehler beginnt oder die Probleme beginnen, wenn man sich darauf verlässt, dass das, was gut ist, auch gut bleibt, und man meint, man müsse nichts machen. Und wenn von drei Bedingungen einer guten wirtschaftlichen Entwicklung, Kaufkraft, Ölpreis und Wechselkurs, zwei durch unser Land nur begrenzt beeinflussbar sind, nämlich Ölpreis und Wechselkurs, wenn also zwei von drei Bedingungen jedenfalls nicht auf Dauer verlässlich sind, dann müssen wir uns die Frage stellen, was wir tun müssen, damit wir auch in zehn Jahren noch gut und sicher in diesem Land leben, auch global wettbewerbsfähig sind und wirtschaftliche Dynamik in unserem Land behalten. Aus meiner Sicht gibt es vier, fünf Punkte, die ich gerne ansprechen würde, und ich weiß nicht, wie das bei Ihren Veranstaltungen gehandhabt wird, ich habe nichts dagegen, wenn ich ein bisschen kürzer rede und Sie hinterher noch diskutieren wollen. Von Fragenstellen bis Beschimpfung, alles ist erlaubt – ein Teil meines Gehaltes ist Schmutzzulage, deshalb macht das nichts. Manfred Lahnstein sitzt vor mir, der weiß, wovon ich rede. Also, „up to you“. Ich mache mal ein paar Bemerkungen und vielleicht kommen wir dann in die Diskussion.

Die erste Bedingung ist natürlich – Sie haben das Thema Energiepolitik angesprochen –, dass wir uns auf eine sichere, stabile und bezahlbare Energieversorgung verlassen können müssen. Sie ist, wenn Sie so wollen, das Herz-Kreislauf-System unserer Volkswirtschaft und wir sind in den letzten Jahren ein bisschen so damit umgegangen, als könnte man immer mal wieder am offenen Herzen dieses Herz-Kreislauf-Systems operieren, und gelegentlich haben wir Diagnose und Therapie auch mitten in der Operation gewechselt. Wir hatten erst die Atomenergie, dann wollten wir aussteigen, dann haben wir gesagt, nein, wir verlängern sie mal um 14 Jahre und sechs Monate, und kurz nachdem wir beschlossen hatten, zu verlängern, haben wir gesagt, jetzt wollen wir noch schneller aussteigen als vorher. Das ist, wie gesagt, eine Operation am offenen Herzen, und dass der Patient noch lebt, hat viel mit der guten Konstitution des Patienten zu tun und nicht ganz so viel mit der Kunst der behandelnden Chefärzte. Aber alle, die jetzt klatschen, haben nichts gesagt damals – be careful. Wir haben das hingekriegt, aber wir haben lange – oder aus meiner Sicht viel zu lange – zu unterschiedlichen Zeiten Ziele beschrieben, ohne zu überprüfen, ob die auch zusammenpassen. Wir haben Politik gemacht für einen schnellen Wechsel zu erneuerbaren Energien, dann haben wir gesagt, aus der Kohle wollen wir auch noch raus, natürlich soll der Strom nicht teurer werden und Arbeitsplätze darf es auch nicht kosten. Und irgendwann ist es halt so weit – und das war in diesem Jahr der Fall –, dass man die Dinge zueinanderbekommen muss, und das ist nicht ganz einfach. Ich glaube, dass die wesentliche Aufgabe dieser Legislaturperiode ist, die unterschiedlichen Fäden oder von mir aus auch Zahnräder der Energiewende ineinander greifen zu lassen. Es geht darum, nicht neue Ziele zu formulieren, sondern aufzupassen, dass man das, was wir da verabredet haben, jetzt in eine Systematik bringt. In deren Mittelpunkt müssen aus meiner Sicht nicht so sehr die öffentlichen Aufreger, wie zum Beispiel die Frage, ob wir mit dieser oder jener Maßnahme die

40%-Reduktion von CO₂ im Jahr 2020 erreichen, stehen, sondern viel entscheidender ist, ob wir es eigentlich schaffen, zurückzukehren zu einer tatsächlichen Energiemarktwirtschaft, zu einem Strommarkt, der mehr ist als die Aneinanderreihung von staatlichen Interventionsmechanismen. Ich habe mich dafür entschieden – es ist ganz lustig, dass das Sozialdemokraten machen, uns traut man ja eher das Gegenteil zu – also ich habe mich dafür entschieden, dass wir den Strommarkt 2.0 – so nennen wir das und die entsprechenden Gesetze werden wir in diesem Jahr noch verabschieden –, dass wir dort wieder Angebot und Nachfrage und Marktsignale haben wollen. Ich glaube nicht, dass wir Angst haben müssen vor Strom-Knappheit und deshalb noch einen zweiten Interventionsmarkt des Staates organisieren, was am Ende immer alles teurer würde. Und wenn wir uns anschauen, dass die Industriestrompreise in den Vereinigten Staaten ungefähr halb so hoch sind wie in unserem Land, dann kann man sich vorstellen, dass das ein großer Wettbewerbsnachteil ist, wenn wir darauf nicht angemessen reagieren. Und die angemessene Reaktion ist, die Ziele nicht zu übertreiben, sondern zu versuchen, dass daraus wirklich wieder ein marktwirtschaftliches System wird. Dass die EEG-Umlage für erneuerbare Energien jetzt etwas steigt oder gestiegen ist, hat übrigens den Grund, dass es fallende Börsenstrompreise gibt, weil die EEG-Umlage immer die Differenz zwischen Börsenstrompreis und den Entstehungskosten der Erneuerbaren ist. An sich haben wir in Deutschland aktuell fallende Börsenstrompreise. Das, was uns Sorgen machen muss, ist, dass die Vereinigten Staaten und andere Wettbewerber die Vielzahl an staatlich induzierten Umlagesystemen von der Steuer bis hin zur KWK- und EEG-Umlage nicht kennen. Es ist deshalb relativ schwierig, aufzupassen, dass man noch irgendwie wettbewerbsfähige Energiepreise hat, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass wir natürlich den Umstieg auf Erneuerbare und Klimaschutz schaffen. Also das erste große Thema der Wettbewerbsfähigkeit wird auch in Zukunft nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa das Thema Energieversorgung und auch Energiepreise sein.

Zweites großes Thema ist die Investitionstätigkeit in unserem Land. Wir haben eine lange Diskussion hinter uns über öffentliche Investitionen. Diese Bundesregierung, die Große Koalition, steigert die öffentlichen Investitionen enorm, mit über 20 Milliarden Euro allein an Entlastung für die Städte und Gemeinden. Das ist deshalb so wichtig, weil mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen, früher waren es sogar mal zwei Drittel, auf kommunaler Ebene getätigt werden und nicht, wie manche glauben, von Bund oder Ländern. Bei Ihnen in Hamburg fällt das nicht so auf, weil Sie beides in einem sind und der Bürgermeister gleichzeitig Ministerpräsident ist, aber die eigentlichen öffentlichen Investitionen in Schulen, in Kindertagesstätten, in Straßen und vieles andere mehr werden von Städten und Gemeinden – früher zu zwei Dritteln – getätigt. Wir haben uns aber in Deutschland über viele, viele Jahrzehnte bemüht, als Bundes- und Landespolitiker den Kommunen zu sagen, was sie alles noch zu leisten haben, und weil wir damit so viel zu tun hatten, hatten wir meistens keine Zeit zu erklären, wie sie das bezahlen sollen. So hatten wir am Ende eine Ausweitung der Leistungen durch die Kommunen, bloß keine Refinanzierung über die öffentlichen Haushalte und das hat dazu geführt, dass die Investitions- haushalte der Städte und Gemeinden drastisch zurückgegangen sind. Deswegen war es von großer Bedeutung, dass die Große Koalition es geschafft hat, mit über 20 Milliarden Euro – und da ist das Thema Flüchtlinge überhaupt nicht dabei – die kommunalen Haushalte zu entlasten.

Mehr Sorgen muss einem allerdings etwas anderes machen, nämlich dass wir seit über zehn Jahren eine rückgehende Investitionsquote in den privaten Unternehmen haben. Wir haben eine ziemlich niedrige Netto-Investitionsquote. Manche Unternehmen investieren im Ausland. Wenn Sie den Märkten folgen, ist das normal, aber insgesamt stellen wir fest, dass die Investitionsquote in unseren privaten Unternehmen zu niedrig ist. Besonders gefährlich wird es dann, wenn wir zu wenig in Forschung und Entwicklung investieren. Ich brauche niemandem zu erklären, was es für die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes bedeuten würde, wenn sich so fortsetzt, dass wir unseren Maschinen- und Anlagenpark, unsere Wissenschaft, unsere Ausbildung, unsere Infrastruktur zu wenig modernisieren. Deswegen glaube ich, wird dieses Land nicht umhinkommen, auch über gelegentlich von dem Finanz-

minister als nicht so schön empfundene Maßnahmen zu reden, wie wir Forschung und Entwicklung steuerlich fördern. Wir haben ja so eine Kultur in Deutschland, dass der Steuerspartrieb gelegentlich besser ausgeprägt ist als der Sexualtrieb in unserem Land. Deswegen wird man auch dort Anreize schaffen müssen. Gucken Sie sich an, wie Menschen reagieren, sobald es auf dem Automobilmarkt so was wie Abwrackprämie gibt oder Incentives für Elektrofahrzeuge. Auf einmal, obwohl es sich meistens wirtschaftlich nicht grundlegend anders rechnet, ist die Bereitschaft höher, zu investieren.

Wir werden über Forschung und Entwicklung, glaube ich, zu reden haben. Wir haben uns jetzt das Ziel gesetzt, 3 % vom Brutto-Inlandsprodukt für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen aufzuwenden, zwei Drittel privat, ein Drittel beim Staat. Wenn dieses Land wettbewerbsfähig bleiben will, dann werden wir uns in den kommenden Jahren 4 % zum Ziel setzen müssen, eher auch darüber hinaus, als bei 3 % schon stolz zu sein. Südkorea zum Beispiel hat sich jetzt das Ziel 4,5 % und 5 % gesetzt. Das zeigt, wie hoch und wie wichtig es ist, gerade im Bereich Forschung und Entwicklung mehr zu tun.

Drittes großes Thema ist die Digitalisierung, auch dazu nur ein paar Bemerkungen. Natürlich geht es um digitale Infrastruktur. Wir haben uns jetzt das Ziel gesetzt, 2018 50 Megabit pro Sekunde überall in Deutschland zu erreichen, aber jeder ahnt, dass, wenn wir das Jahr 2018 haben, das dann schon wieder zu langsam sein wird. Für bestimmte Geschäftsmodelle, zum Beispiel auch im Bereich der Medizintechnik, brauchen Sie weit bessere Geschwindigkeiten, und das, was wir dort tun, erscheint mir jedenfalls noch zu zaghhaft.

Eigentlich müsste die Europäische Union, die ja leider immer noch mehr als 40 % ihres Haushaltes für Agrarsubventionen ausgibt, sich zum Ziel setzen, in den nächsten zehn Jahren bis 2025 die beste digitale Infrastruktur der Welt aufzubauen. Nur dann wird dieser Kontinent wirklich mithalten können, nur dann werden übrigens auch die relativ schwachen Staaten Südeuropas oder auch Frankreich mehr in Bewegung kommen. Ich wäre bereit, dafür auch zusätzliche Schulden in Europa hinzunehmen. Schulden zur Finanzierung von Investitionen in Infrastruktur sind – glaube ich – nicht das Problem. Wenn wir hingegen Schulden für konsumtive Ausgaben aufnehmen, wie wir es derzeit häufig tun, dann ist es ein Problem. Wir brauchen wesentlich bessere Infrastruktureinrichtungen, wir brauchen aber auch ein gemeinsames Verständnis von Datenschutz. Ich glaube, dass der Begriff sogar ein bisschen in die falsche Richtung geht. Bislang sagen wir, „so wenig Daten wie möglich“, aber das ist so ziemlich das Gegenteil des Geschäftsmodells von „Big Data“. Ich glaube, es geht um Datensouveränität. Es geht darum, dass der Unternehmer, der einzelne Bürger selbst entscheiden kann, was mit seinen Daten passiert. Wir brauchen einen Digital Single Market.

Aber ich will auf einen Punkt eingehen, der mir besonders wichtig erscheint. Das zentrale Thema muss sein, dass wir die Beurteilungskompetenz der digitalen Ökonomie in unserer Volkswirtschaft verbessern müssen. Was meine ich damit? Der normale mittelständische Unternehmer denkt vom Produkt her, der kennt sein Produkt und er investiert in die Innovation, um dieses Produkt besser zu machen, vielfältiger, es effizienter herzustellen, die Produktivität zu erhöhen, um auf dem Markt gegenüber Wettbewerbern bessere Chancen zu haben. Das ist klassische Innovationstätigkeit. Jetzt schiebt sich aber auf einmal in der digitalen Ökonomie zwischen Produkt und Kunden eine digitale Plattform. Ich mache das mal an einem Beispiel deutlich. Als ich 18 war, wollte ich ein Auto und ich bin in die Fabrik arbeiten gegangen. Es konnte die älteste Karre sein, aber es musste meins sein. Meine Tochter, also die ältere jedenfalls, die 26 ist, hält das für eine schräge Idee. Die will nicht ein Auto besitzen, sondern Mobilität und die geht nicht zum Autohändler, sondern ins Internet und sie möchte von Montag bis Freitag eine andere Mobilität als am Wochenende und im Sommer eine andere als im Winter. Wer weiß über die Kundenbedürfnisse meiner Tochter am meisten? Nicht ein Automobilhersteller, sondern vermutlich Google oder Facebook. Die wissen, über das, was meine Tochter an Lebensbedürfnissen hat, an Alltagswünschen, an Mobilitätswünschen weit mehr als jeder Autohändler.

Wer bestimmt jetzt die Innovation? Der, der das Produkt beherrscht, das Automobil, oder der, der die Mobilitätsplattform beherrscht? Möglichst sollten wir beides können. Wichtig wird aber sein, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass die neue Wertschöpfung auf dieser Mobilitätsplattform stattfindet und deshalb die Wertschöpfung beim Produkt geringer wird. Das können Sie übertragen auf praktisch alle Fälle des Wirtschaftslebens. Nun wird es nicht überall gleich digitale Plattformen geben, aber prinzipiell sind sie überall möglich. Und was steigen muss in Deutschland, ist die Beurteilungskompetenz dieser digitalen Plattformökonomie. Sie muss bei uns steigen, damit unsere Unternehmen wissen, was auf sie zukommt und wie sie diese neue Wertschöpfung genauso beherrschen und für sich in Anspruch nehmen wie bislang das Produkt.

Dazu muss zum Beispiel unser Verhältnis zu jungen Unternehmen, zu Start-ups, anders werden. Bislang gucken wir uns die an und wenn man glaubt, die können was, dann versuchen wir, sie zu kaufen. Eigentlich sind das ausgelagerte Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Die Start-up-Szene, die Gründungsszene, ist inzwischen ganz gut in Deutschland, aber „later stage“, wenn die sich internationalisieren wollen, wenn sie wachsen wollen, dann finden sie bei uns nicht genug Venture Capital. Bei uns endet die Fantasie für einen Wachstumsfonds für Risikokapital meistens bei der nächsten Sparkasse. Das sieht in Kalifornien, wenn ich das vorsichtig andeuten darf, geringfügig anders aus. Dort gründet jemand wie Mark Zuckerberg eine eigene Bank, an dessen Spitze nicht Banker sitzen, sondern IT-Spezialisten. Die beurteilen die Unternehmen, die bei ihnen anklopfen, nach der Frage, ob es eine Marktchance gibt. Und wenn von zehn Unternehmen, die sie finanzieren, auch nur eines erfolgreich ist, dann rechnet sich für die selbst der Verlust der anderen neun. Wir müssen einen anderen Zugang finden dazu, sonst haben wir eine zu geringe Beurteilungskompetenz dessen, was in der Digitalisierung auf uns zukommt. Und das, glaube ich, ist die dritte große Herausforderung in unserem Land.

Die vierte sind natürlich die Fachkräfte.

Bevor ich da was zum Thema Zuwanderung sage, möchte ich gerne sagen, dass wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass wir das vermutlich größte Experiment einer Industriegesellschaft vor uns haben, das es bislang gegeben hat. Wir werden nämlich bis 2030 zwischen vier und sechs Millionen Arbeitskräfte verlieren, und zwar nicht dadurch, dass die sterben, sondern – das ist die gute Nachricht des Abends – dass das Durchschnittsalter steigt. Wir werden da alle was von haben. Das Problem des demografischen Wandels ist nicht, dass Menschen älter werden, also ich persönlich habe die Hoffnung, dass ich auch dazugehöre – in SPD-Veranstaltungen muss man immer dazu sagen, dass es kein Rechtsanspruch ist, das muss man bei Ihnen nicht – sondern, dass es zu wenig Kinder gibt. Vier bis sechs Millionen weniger Arbeitskräfte, das ist schon eine enorme Herausforderung. Natürlich, die großen Unternehmen, wie Hapag-Lloyd, die kriegen immer ihren Nachwuchs. Aber wie ist das mit den Mittelständlern, mit den Handwerksmeistern, mit den kleinen Unternehmen, die nicht mithalten können mit der Lohnskala größer, weltweit aufgestellter Unternehmen, woher bekommen die ihren Nachwuchs? Da wird es eine Menge Antworten drauf geben müssen. Übrigens, eine älter werdende Gesellschaft wird auch weniger dynamisch, weniger innovativ. Wir konsumieren im Alter anders als eine junge Gesellschaft. Die Wachstumsdynamik wird nachlassen und deswegen ist schon nicht so ganz einfach, was da auf uns zukommt. Und das Schwierigste in der Politik und wahrscheinlich im ganzen Leben ist, sich irgendwie auf die Fragen von morgen einzustellen, weil wir meistens sehr viel beschäftigt sind mit den Fragen von heute. Am liebsten beschäftigen wir uns mit den Fragen von gestern, obwohl die schon beantwortet sind, aber die Fragen von morgen, da schieben wir es, was vielleicht menschlich ist, immer ein bisschen vor uns her. Ich glaube, dass das eine ganz, ganz große Herausforderung wird.

Es beginnt damit, dass wir unser eigenes Bildungssystem anschauen müssen. Wir haben immer noch viel zu viele junge Leute, die in unserem Land irgendwo hängen bleiben bei dieser Entwicklung. Meine Partei ist ja so – außer in Hamburg, da ist das anders –, dass es ja so eine Brutto-Registertonnen-Mentalität in der SPD gibt, wenn es um Bildung geht. Also unter 20 Milliarden Mehrausgaben und Ganztagskinder-

gärten für alle macht es die SPD eigentlich nicht. Mein Rat ist, dass wir ein bisschen genauer hinschauen, weil wir in der Regel in den Städten wissen, in welchem Stadtteil die Halbtagschule die angemessene Form ist und in welchen Stadtteilen wir Ganztagschulen brauchen mit Sozialpädagogen, Psychologen, Erziehern, Ernährungsberatern, Theaterpädagogen, um junge Menschen mitzunehmen, die wir sonst in zweiter und dritter Generation verlieren, weil sich Bildungsferne auch in unserem Land immer noch vererbt.

Und deswegen glaube ich, erster Punkt, wir müssen deutlich mehr tun, um die Potenziale zu bewegen in unserem Land. Zweitens, wir müssen uns erinnern, was dieses Land groß gemacht hat, und das war nicht die Konzentration auf die Akademisierung der beruflichen Bildung. Wenn wir irgendwo hinfahren, dann beneidet uns der Rest der Welt um unser duales Ausbildungssystem. Die Amerikaner, die übrigens gerade mal die Hälfte des Industrialisierungsgrades Deutschlands haben, die sagen immer, wie macht ihr das? Es hat was mit einer Kultur zu tun in unserem Land, die eigentlich schon gewachsen ist aus der mittelalterlichen Ständesellschaft, dass sich nämlich Arbeitgeber innerlich zuständig fühlen für Berufsausbildung. Immer wenn der Staat mal auf die Idee kam, sich diese Zuständigkeit anzueignen, haben sich Arbeitgeber mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, obwohl es sie vielleicht weniger Geld gekostet hätte, weil sie wussten, dass die duale Berufsausbildung einen unglaublichen Wettbewerbsvorteil besitzt gegenüber allen schulischen oder akademischen Ausbildungsgängen, die wir sonst in Europa finden. Übrigens auch für die jungen Leute selber. Selbst in schwierigsten Zeiten war die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland immer nur halb so hoch wie in den Ländern, in denen es keine duale Berufsausbildung gab. Und ausgerechnet das Land, das sozusagen diesen Schatz in sich trägt, der beruflichen Bildung, ausgerechnet in dem ist seit zwei Jahren der Anteil der jungen Menschen, die den akademischen Bildungsweg gehen, höher als der, die den der dualen Berufsausbildung gehen.

Ich kann das auch verstehen, ich komme auch aus einer Familie, wo ich der Erste war, der Abitur machen konnte, und nichts hat meine Mutter stolzer gemacht als die allerdings am Anfang von ihr bezweifelte Möglichkeit, zum Studium zu gehen. Sie hat eher Sorgen gehabt, dass das angesichts meines Lebenslaufes doch schiefgehen würde. Ich habe zu viel Fußball gespielt, das sieht man mir heute nicht mehr an, das stimmt, und mich mit Politik befasst. Am Ende war das natürlich was Tolles. In meinem Stadtteil, in dem ich aufgewachsen bin, war ich der Einzige, der eine Realschule besuchte, und der Einzige, der später das Abitur machte. Ich kann verstehen, was dahintersteckt. Und trotzdem ist das ein Risiko, denn wir sehen, dass wir in manchen Studiengängen 40/50 % Abbrecherquote haben, wo junge Leute zwei Jahre lang ihre Zeit vertändeln, obwohl sie eigentlich im Berufsbildungssystem besser aufgehoben wären. Was wir schaffen müssen, ist, dass wir wieder die Gleichrangigkeit von akademischer und beruflicher Bildung besser deutlich werden lassen. Es ist nicht so, dass man ein besseres Leben automatisch dadurch hat, dass man ein Hochschulstudium macht. Sondern in einigen Berufen können Sie mit einer dualen Berufsausbildung und den möglichen Abschluss-Qualifikationen, das kann übrigens auch ein Studium sein, möglicherweise ihr Leben viel besser gestalten. Deswegen wird es sehr darauf ankommen, immer diese Gleichwertigkeit im Auge zu haben und die Durchlässigkeit zu steigern.

Und dann gibt es natürlich den dritten Teil, dass wir die Chance der Zuwanderung nutzen müssen. Menschen kommen jetzt nicht zu uns, weil wir sie als Arbeitskräfte haben wollen, sondern sie kommen, weil sie aus Not und Elend kommen, aus Krieg und Bürgerkrieg, aus Diktatur und Verfolgung. Übrigens auch vor denen, die kommen, weil sie – wie wir sie manchmal nennen – Wirtschaftsflüchtlinge sind, vor denen muss man – auch wenn sie im Land nicht bleiben können – Respekt haben, denn die Lebensbedingungen, aus denen sie flüchten, würden vermutlich die meisten von uns auch zur Flucht bewegen. Auch wenn jemand nicht in Deutschland bleiben kann, finde ich, ändert das nichts daran, dass wir respektvoll mit ihm umgehen müssen.

Aber selbst wenn so viele Menschen kommen, ist die Zahl vielleicht gar nicht das eigentliche Problem, sondern die Geschwindigkeit, in der sie kommen. Seit dem

5. September sind mehr als 400.000 Flüchtlinge zu uns gekommen. Ich glaube, dass wir alle ein bisschen da sitzen und sagen, oh, oh, hoffentlich kann man das nicht horchrechnen auf den Monat. Das ist sicherlich nicht der Fall, aber vor dem Winter werden eben noch einige versucht haben, den Weg ins rettende Europa zu finden, deswegen wird die Zahl etwas mit der anbrechenden Jahreszeit zu tun haben. Trotzdem werden wir gut daran tun, diese Zuwanderung, so sehr sie uns auch herausfordert, so schwierig sie auch zu bewältigen ist, jetzt auch zu nutzen. Ja, das kostet Geld, jetzt in neue Kindertagesstätten, neue Schulen, Lehrer, Erzieher, Berufsausbildung zu investieren. Es kostet viel Geld, aber es gibt etwas, was uns noch mehr Geld kosten kann, nämlich keine Kinder zu haben in diesem Land. Deswegen liegt auch eine große Chance darin. Ich unterschätze die Herausforderung nicht, ich bin ohnehin dafür, dass das Motto dieser ganzen Debatte immer sein muss „Zuversicht und Realismus“. Zuversicht, weil wir ein ziemlich starkes Land sind, wir schaffen eine ganze Menge. Realismus, weil wir die Herausforderung nicht unterschätzen dürfen.

Da kommen viele junge Leute, die wir schnell an die deutsche Sprache heranführen werden und die schnell auch eine Berufsausbildung machen oder sogar studieren. Aber es kommen natürlich auch Analphabeten, es kommen Menschen, die dieses Land und seine Arbeitstradition gar nicht einschätzen können. Wir sind ja, auch das gehört zur Wahrheit, ein verdammt anstrengendes Land. Deutschland ist ein anstrengendes Land. Man wird nicht eines der industrialisiertesten Länder der Erde und Exportweltmeister, ohne dass das für die Menschen, die hier leben, anstrengend ist. In diesem Land strengen sich unglaublich viele Menschen jeden Tag ungeheuer an. Und es ist eine Arbeitstradition, die sich hier entwickelt hat, die – sagen wir mal – häufig ihresgleichen sucht. Nicht jeder wird sich sehr schnell an diese Arbeitstradition gewöhnen und deswegen sage ich Realismus. Wir werden auch mit vielen Menschen relativ lange zu tun haben, die Zeit brauchen, um in diese Gesellschaft hineinzuwachsen. Wir werden übrigens auch Konflikte haben, und nicht nur die Konflikte, die wir jetzt haben, wenn man junge Männer allzu lange hinterm Zaun in einer Schlange stehen lässt. Dass es da Ärger gibt, das ist ja schon fast selbstverständlich. Wir werden auch andere Formen von Konflikten haben, wir werden auch Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern müssen.

Ich glaube zum Beispiel, dass dieses Land eine Leitkultur hat, die ganz einfach zu beschreiben ist: Es sind die ersten zwanzig Artikel dieser Verfassung. Das werden wir nicht ändern wollen. Und die, die kommen, die werden nicht durch Übertritt über die deutsche Grenze zu Verfassungspatrioten, sondern die werden lernen müssen, dass bei uns Homosexualität etwas Normales ist, dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben, dass der Staat und das Gesetz über der Religion steht, dass keine Religion über einer anderen steht. Viele, die kommen, werden das als Befreiung empfinden, in einem solchen Land leben zu können. Für manche wird das fremd sein. Deswegen brauchen wir nicht nur Sprachdolmetscher, sondern auch Kulturdolmetscher. Und die, die wir haben im Land, das sind diejenigen, die Migrationserfahrung haben. Viele von denen können uns jetzt helfen. Sie können uns übrigens auch sagen, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben, aber sie können denen, die kommen, auch unser Land vielleicht manchmal besser erklären, als wir es selber können. Aber da ist ein Riesenpotenzial, das wir nutzen können, auch für unsere wirtschaftliche Entwicklung, aber, ohne Frage, es ist auch eine große Herausforderung.

Wir alle wissen, dass wir natürlich in diesem Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge werden aufnehmen und auch integrieren können, aber dass wir das nicht jedes Jahr in der Größenordnung und vor allem nicht in der Geschwindigkeit schaffen. Deswegen bemühen wir uns alle miteinander, die Bundeskanzlerin, der Bundesaußenminister, jeder von uns, Wege zu finden, wie wir den Zuzug verringern oder besser gesagt über eine etwas größere Zeitspanne strecken können. Aber die Wahrheit ist, dass wir um Deutschland herum keine Zugbrücke hochziehen können und auch um Europa keine Zugbrücke hochziehen können. Und auch die größten Mauern und Zäune werden niemanden abhalten zu kommen, es sei denn, wir wären bereit, dort Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett hinzustellen. Das wird wohl niemand wollen,

außer denen, denen wir unser Land hoffentlich nicht überantworten wollen. Deswegen heißt Realismus auch, Menschen nichts zu versprechen, was wir nicht werden einhalten können. Die Forderung „Grenzen zu“ ist eine, die sich schnell als unrealistisch herausstellen wird. Sondern was wir schaffen müssen, ist, die europäischen Außengrenzen besser zu sichern, allerdings dann auch eine europäische Asyl- und Einwanderungspolitik zu betreiben, bei der wir gesteuert und freiwillig, und nicht über Schlepper organisiert, Menschen zu uns bringen können.

Dazu zählt auch ein Umgang mit der Türkei, der anders ist, als wir ihn in der Vergangenheit gepflegt haben. Ein schwieriger Partner, keine Frage, aber ohne dass wir mit der Türkei eine Verabredung treffen, wird es nicht gehen. Wir erreichen eine solche Einigung erstens, indem wir der Türkei helfen, die zwei Millionen Flüchtlinge, die sie bereits im Land hat, besser zu versorgen, und zweitens indem wir mit der Türkei auch darüber reden, wie wir die Zuwanderung nach Europa gestalten.

Europa ist allerdings ein Riesen-Problem in diesen Tagen und Wochen, weil aus Sicht der Europäer das Flüchtlingsproblem ein deutsches Problem ist. Es gibt einen klugen Kommentator, der hat geschrieben, die Griechen haben aus einem nationalen Problem ein europäisches gemacht, die Deutschen haben aus einem europäischen Problem ein deutsches gemacht. So ganz fair ist das nicht, aber der Rest Europas sieht es so und sie sind nicht bereit, uns ohne Weiteres zuzustimmen, dass wir Flüchtlinge in Europa fair verteilen müssen. Das muss sich ändern, sonst ist Europa in Gefahr.

Ich glaube, dass Europa an einem Scheideweg steht. Wenn Europa den Eindruck hat, dass das so eine Art Zugewinnsgemeinschaft ist, bei der man mitmacht, wenn man Geld kriegt, und sich in die Büsche schlägt, wenn es um Verantwortung geht, dann wird das schwierig, dann werden sich die nationalen Egoismen durchsetzen. Und die Rückkehr zu nationalen Egoismen geht mir persönlich eh schon zu weit, wenn ich sehe, was Frau Le Pen in Frankreich treibt, was die Schweden-Demokraten in Schweden tun, die wahren Finnen in Finnland und viele andere mehr.

Wir haben eine verdammt große Aufgabe vor uns, Europa zusammenzuhalten. Eigentlich übrigens haben wir drei Aufgaben der Integration, die Integration der Flüchtlinge in unser Land, zweitens unser Land beieinanderzuhalten. Ich glaube, wir alle merken gerade, dass das Land unsicher ist und dass es jetzt Leute gibt, die ihr menschenverachtendes Süppchen auf den Sorgen und Ängsten von Menschen kochen wollen. Was mich übrigens dazu führt, dass wir all denen, die Ängste und Sorgen haben, auch Sorgen vor Überfremdung, nicht einfach sagen, dass das alles nicht geht, sondern dass wir als Demokraten denen als Gesprächspartner gegenüberstehen müssen. Wir dürfen uns vor denen nicht wegducken oder so eine Glocke der Tabuzone oder der political correctness erheben, denn wenn wir nicht mit ihnen reden, dann werden es andere tun. Es ist besser, wir reden mit den Menschen, die Sorgen haben, als dass es die Rechtsradikalen tun.

Ich glaube, dass diese Integrationsaufgabe, unser Land beieinanderzuhalten, ganz wichtig ist. Es beginnt übrigens in der Art und Weise der Sprache, wie wir über die Herausforderung reden. Wenn man sich der Sprache der Rechtsradikalen bedient, um ein Problem zu beschreiben, kann es sein, dass man morgens aufwacht und Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen hat. Und deswegen ist das, was wir da so sehen bei der AfD, wo jetzt ein erster Funktionär gefordert hat, man möge doch die Todesstrafe wieder einführen, damit man die Mitglieder der Regierung endlich an die Wand stellen könne, so gefährlich. Da gibt es dann am Ende einzelne Fanatiker, die in diesem aufgeheizten Klima glauben, sie seien quasi der Vollstrecker des gesunden Volksempfindens, und dann gibt es die erste Messerattacke auf eine Politikerin in Köln.

Also es kommt sehr darauf an, wie wir im Zentrum der Gesellschaft miteinander über die Herausforderung reden und wie wir handeln. Gefahr für die Demokratie kommt nie von den Rändern. Da ist sie eine individuelle Gefahr, ja, aber keine wirkliche demokratische Gefahr. Gefahr für die Demokratie entsteht, wenn im Zentrum der Demokratie, im Zentrum der Gesellschaft, Menschen unsicher werden. Und deswegen ist es die zweite Aufgabe, Menschen beieinanderzuhalten und übrigens auch dafür zu sorgen, dass diejenigen, die erwarten, dass für sie auch noch Dinge auf der

Tagesordnung stehen, nicht den Eindruck haben, „für die einen tut ihr alles und für uns tut ihr nichts“. Das ist der Satz, den ich derzeit am meisten höre. Deswegen war es ziemlich dumm, ausgerechnet in dieser Diskussion den Mindestlohn infrage zu stellen, weil man dann die Armen, die kommen, gegen die Armen, die hier sind, ausspielt. Wenn wir jetzt Wohnungsbau machen, bitte keinen Flüchtlingswohnungsbau, sondern Wohnungsbau für alle, die nach bezahlbaren Mieten suchen. Wir müssen aufpassen, dass die einen nicht glauben, die anderen seien eine Gefahr für sie.

Und die dritte Aufgabe ist, Europa zusammenzuhalten. Dies Europa, das unter so viel Blut entstanden ist, für das unsere Eltern und Großeltern so viel gearbeitet haben, das darf nicht diesen neuen nationalen Egoismen zum Opfer fallen, sondern wir werden Europa dringend brauchen. In Hamburg muss man das niemandem erklären. Hamburg ist eine weltoffene Stadt, die weiß, dass die Stadt und ihre Entwicklung was zu tun hat mit dem Rest der Welt und dass man Partner braucht in der Welt und dass man sich diesen Partnern gegenüber offen zeigen muss.

Ich glaube, dass deshalb Europa sich darüber im Klaren sein muss, dass wir in einer sich verändernden Welt nicht vereinzelt klarkommen werden. Selbst das starke Deutschland ist zu klein, um sich in einer sich in den nächsten Jahren völlig verändernden Welt alleine behaupten zu können.

Als ich geboren wurde, waren wir 2,5 Milliarden Menschen auf der Erde, jetzt sind wir schon über 7 Milliarden und zur Mitte des Jahrhunderts werden wir über 9 Milliarden Menschen sein. In hundert Jahren wächst die Weltbevölkerung von 2,5 Milliarden auf 9 Milliarden, aber nicht bei uns, sondern in China, in Asien, Lateinamerika, auch in Afrika.

Wenn wir in dieser Welt eine Stimme haben wollen, dann muss es eine europäische sein, es kann keine nationale sein. Wenn unsere Kinder eine Stimme haben wollen, dann muss es eine gemeinsame europäische sein. Und so schwer man sich das derzeit vorstellen kann, dass es uns gelingt, Europa zusammenzuhalten, trotzdem ist es gerade unsere Aufgabe im Zentrum Europas, den Zentrifugalkräften entgegenzuwirken. Niemand hat das besser beschrieben als Helmut Schmidt in einer beeindruckenden Rede im Jahr 2011, in der er die tausend Jahre alte Tradition Europas, des Kampfes des Zentrums gegen die Ränder, geschildert hat. Und zum ersten Mal seit 1945 ist es uns gelungen, diesen Kampf zu beenden. Der Frieden in Europa ist nicht der Normalfall gewesen in der Geschichte Europas, sondern es ist der Ausnahmefall. Wir werden eine Menge damit zu tun haben, ihn zu erhalten.

Dazu zählt übrigens auch in dieser Denktradition, dass man als Europäer gemeinsam handeln muss und dass man Partner braucht. Das ist der eigentliche Grund, warum ich für das amerikanisch-europäische Freihandelsabkommen bin. Ich glaube, dass man vieles daran nicht so machen darf wie in der Vergangenheit. Ich glaube nicht, dass man private Schiedsgerichte braucht und manches andere mehr. Aber der Welthandel wird wachsen und es wird Regeln für den Welthandel geben. Die Frage ist nicht, ob es Regeln gibt oder nicht, sondern wer wird sie machen, wer wird sie gestalten. Und die Regeln, die wir mit den Amerikanern als Europäer gestalten werden, werden garantiert bessere sein als die, die Amerika mit China macht. Und wir haben nun die Frage, gestalten wir die Regeln oder müssen wir uns ihnen anpassen? Auch das ist eine Frage an uns Europäer.

Also es gibt wenig zu klagen über die aktuelle Entwicklung unseres Landes, aber das heißt nicht, dass es nicht genug zu tun gibt, damit sie so gut und so sicher bleibt, wie wir das derzeit erleben. Und das Land hat alles, was man dafür braucht: kluge, engagierte Menschen, eine großartige demokratische Tradition, in den letzten Jahrzehnten gute Ausbildungsmöglichkeiten, alles, was wir an wirtschaftlicher Kraft auf die Waagschale bringen können. Insofern gibt es trotz der Herausforderung keinen Grund zum Pessimismus, ganz im Gegenteil, aber Zuversicht und Realismus, das glaube ich, sind die beiden Begriffe, mit denen unser Land sinnvollerweise die vor uns stehenden Herausforderungen anpacken soll.

